

**SAFER WORLD** is a private independent international internet information network

[www.safer-world.org](http://www.safer-world.org)

**newsletter 103 / 14. 11. 2006**

**AKTIV**

**Petition für besseren Schutz vor Fluglärm! Protest gegen Fluglärmgesetz = Lex Fraport**

Von einem Mainzer Betroffenen wurde eine öffentliche Petition im Deutschen Bundestag eingebracht, mit der der Bundestag gebeten wird, die vorgelegte Novelle zum Fluglärmgesetz abzulehnen und gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen, die dem aktiven Fluglärmschutz Vorrang vor dem passiven Fluglärmschutz einräumen. Diese Petition wird von einer Vielzahl von Initiativen, unter anderem auch von der Bundesvereinigung gegen Fluglärm, mitgetragen. Möglich ist dies durch eine Mitzeichnung über das Internet; man erreicht die Petition und Infos zur Petition über den Link ..., der direkt auf die Seite des Deutschen Bundestags weiterleitet, auf der man sich als Unterstützer eintragen kann. (der Link steht inzwischen nicht mehr im Netz)

=====

**BUCH**

**Jean Ziegler: Das Imperium der Schande. Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung**

Kurzbeschreibung: (Klappentext):

Jean Ziegler hält der globalisierten Welt den Spiegel vor. Er zeigt auf, wie das Gefühl der Schande angesichts von Hunger und Armut auf der Welt umschlagen und zu einer Macht der Veränderung werden kann. Ziegler legt eine unbestechliche Bestandsaufnahme der ungerechten Weltordnung vor. Mit diesem Buch, das zu einem großen Bestseller wurde, macht er entschlossen Front gegen das bestehende neofeudale Herrschaftssystem. Die Aufklärung, die amerikanische Unabhängigkeitserklärung und die Französische Revolution sie alle postulierten bereits vor über zwei Jahrhunderten das Recht auf Glück als universelles Menschenrecht. Doch wie ist es heute darum bestellt? Schlecht, meint der prominente Globalisierungskritiker und UN-Sonderberichterstatter. Er macht deutlich, wie transnationale Konzerne und politische Machthaber ein weltumspannendes Imperium der Schande errichtet haben, das letztlich auf dem Hunger und der Verschuldung der Entrechteten dieser Erde basiert. Ganz konkret zeigt er, wie die Refeudalisierung der Welt ganze Staaten zerstört, aber auch, wie sich allmählich Widerstand zu regen beginnt. Jean Ziegler formuliert unbequeme Wahrheiten, die vor allem in den reichen Ländern allzu gern verdrängt werden. Er ruft zur solidarischen Verbrüderung und zum entschlossenen Aufstand auf und erweist sich einmal mehr als provokanter, unbequemer Mahner.

(EUR 12,95)

=====

**CHEMIKALIEN - POLITIK - EU - REACH**

Das Protokoll der Plenarsitzung, einige Kommentare und meine eigenen Anmerkungen zu REACH kommen demnaechst als Sondernewsletter

=====

**CHEMIKALIEN - ACRYLAMID**

Von foodwatch:

## **Acrylamid im Weihnachtsgebäck**

foodwatch hat Lebkuchen und Spekulatius auch in diesem Jahr auf das krebserregende Acrylamid getestet. Das Ergebnis: Ein Drittel der Lebkuchen enthält mehr Acrylamid als im Vorjahrestest. Die Produkte der Markenhersteller Bahlsen und Lambertz sind zum Teil deutlich höher belastet als der Testsieger, ein Produkt des Discounters Lidl. Auch bei Spekulatius gibt es große Unterschiede zwischen den Produkten.

Für Ihren Einkauf: Die kompletten Testergebnisse inklusive Produktfotos und Vorjahreswerten kostenlos herunterladen unter

[http://foodwatch.de/kampagnen\\_themen/acrylamid/weihnachtsgebaeck/testergebnisse\\_2006/](http://foodwatch.de/kampagnen_themen/acrylamid/weihnachtsgebaeck/testergebnisse_2006/)

=====

## **CHEMIKALIEN - Kühlschmierstoffe KSS**

27.11.2006 Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften (HVBG)

### **Kühlschmierstoffe endlich wirksam erfassen**

Kühlschmierstoffe (KSS) zu erfassen und die Beschäftigten vor ihren schädlichen Auswirkungen zu schützen, war bisher nicht einfach. Dies soll ein neuer Report des Berufsgenossenschaftlichen Instituts für Arbeitsschutz (BGIA) ändern, der praktische Hinweise und wissenschaftliche Erkenntnisse zu KSS enthält. Er richtet sich an alle, die Anlagen planen, bauen, und betreiben, in denen KSS zum Einsatz kommen oder mit denen KSS beseitigt werden sollen. Der Bericht ist das Ergebnis eines gemeinsamen Forschungsprojekts mit der Industrie. Er beschreibt unter anderem, wie Erfassungs- und Abscheidesysteme aber auch Werkzeugmaschinen gestaltet sein müssen, um den Arbeitsbereich mit möglichst geringen KSS-Konzentrationen zu belasten.

Deutschland verbraucht jährlich etwa eine Million Tonnen KSS in rund 200.000 vornehmlich kleineren und mittleren Betrieben. Hauptabnehmer sind die metallbe- und verarbeitende Industrie und die Glasindustrie; hier vermindern die Stoffe den Werkzeugverschleiß und erhöhen Produktionsgeschwindigkeit und Produktqualität. Gleichzeitig sind KSS Gefahrstoffe, die Atemwegserkrankungen verursachen und krebserzeugende und toxische Stoffe freisetzen können. "An circa vier Millionen Arbeitsplätzen kommen Menschen potenziell mit diesen Gefahrstoffen in Berührung", erläutert Dr. Horst Kleine vom BGIA die Bedeutung von KSS für den Arbeitsschutz.

Berufsgenossenschaftlichen Untersuchungen zufolge erfüllten vorhandene Absaug- und Abscheideeinrichtungen zum Schutz der Beschäftigten ihre Funktion jedoch in weniger als der Hälfte aller Fälle ausreichend.

"Wir haben uns deshalb mit Herstellern und Betreibern zusammengesetzt, um Schwachpunkte in der bestehenden Technik zu identifizieren und für Verbesserungen zu sorgen", beschreibt der Chemiker die gemeinsame Initiative von Arbeitsschützern, Forschern und Industrie.

Neben eher forschungstheoretischen Teilen, in denen die Partikelgrößenverteilung in KSS-Emissionen und der Einfluss von Verdunstung auf die Emissionshöhe untersucht wurden, umfasste das Kooperationsprojekt auch sehr praxisorientierte Aufgaben: entwickeln eines Prüfstandes für KSS-Abscheider, optimieren der Emissions-Erfassung innerhalb der Werkzeugmaschinen, empfehlen geeigneter organisatorischer und lufttechnischer Maßnahmen in KSS-belasteten Arbeitsbereichen, erarbeiten von Maßnahmen zum Brand- und Explosionsschutz an Werkzeugmaschinen. Die Ergebnisse dieser und vieler anderer Arbeiten stellten die Projektbeteiligten im Rahmen einer Fachveranstaltung vor. Der Report fasst die Beiträge zusammen und legt damit die Grundlagen, um Erfassungssysteme und Abscheider für KSS zukünftig nach höchsten Sicherheitsanforderungen zu gestalten.

Neben dem BGIA waren an dem Kooperationsprojekt beteiligt: Berufsgenossenschaftlicher Fachausschuss Maschinenbau, Fertigungssysteme, Stahlbau (FA MFS), Universität Stuttgart, Universität Karlsruhe, RWTH Aachen, Verband deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) und VDMA-Fachgremien.

Report: <http://www.hvbg.de/code.php?link=2319410>

Weitere Informationen zum Thema:

<http://www.hvbg.de/d/bia/prak/kss.html>

<http://www.hvbg.de/d/bia/fac/luftung/index.html>

=====

## CHEMIKALIEN - PESTIZIDE

Von PAN :

### **Für transparenten Pflanzenschutz: NEPTUN - Darstellung, Grenzen, Möglichkeiten**

Wie viel Pestizide werden wo in der Landwirtschaft tatsächlich eingesetzt? Gibt es große Unterschiede beim Pestizideinsatz zwischen den Landwirten, obwohl sie in derselben Region zum gleichen Zeitpunkt das gleiche anbauen?

Solche und ähnliche Fragen konnten bis vor kurzem nicht beantwortet werden, da Daten zur Pestizidanwendung nicht erhoben wurden. Die einzig öffentlich verfügbare Quelle waren wenig aussagekräftige Daten über die Vermarktung von Pestiziden in Deutschland.

Mit den ersten veröffentlichten Ergebnissen des NEPTUN ("Netzwerk zur Ermittlung des Pflanzenschutzeinsatzes in unterschiedlichen Naturräumen Deutschlands") rückt jetzt endlich die Intensität des chemischen Pflanzenschutzes auf deutschen Feldern ins Blickfeld. Die neue Broschüre von PAN Germany "Für transparenten Pflanzenschutz" stellt nicht nur das NEPTUN vor. Darüber hinaus wird dieses Instrument der "Sichtbarmachung" des chemischen Pflanzenschutzes diskutiert, indem die Grenzen und Möglichkeiten aufgezeigt und Vorschläge für notwendige Verbesserungen unterbreitet werden.

Diese Broschüre richtet sich an all jene, die als fachlich Interessierte im Sinne des Umwelt- und Verbraucherschutzes am Erfolg des "Reduktionsprogramm chemischer Pflanzenschutz" interessiert sind.

Die Broschüre ist als download auf der PAN Germany Homepage verfügbar [http://www.pan-germany.org/download/transp\\_pflanzenschutz\\_neptun\\_0612.pdf](http://www.pan-germany.org/download/transp_pflanzenschutz_neptun_0612.pdf)

Sie kann auch als Druckversion bestellt werden bei PAN Germany, Nernstweg 32, 22765 Hamburg (Preis: 3,- € zzgl. 2,- € Versandkosten)

Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. [presse@pan-germany.org](mailto:presse@pan-germany.org) <http://www.pan-germany.org>

\*

Von Greenpeace 01.12.06

### **Illegale Pestizide: Seehofer in der Verantwortung / Greenpeace übergibt eingekaufte Giftmittel an Bundesverbraucherminister**

Berlin (ots) - Greenpeace-Aktivisten übergeben heute in Berlin rund 100 Kilogramm illegaler Pestizide an Bundesverbraucherminister Horst Seehofer. Die Giftmittel stammen aus verdeckten Käufen bei Raiffeisen- und anderen Agrarhändlern in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz sowie in Frankreich und Luxemburg. Die Aktivisten fordern Seehofer am Rande eines Treffens der Verbraucherminister auf, sich für weit reichende und effiziente Lebensmittelkontrollen und konsequente Strafverfolgung des kriminellen Pestizidhandels einzusetzen. Verdeckte Rechercheure von Greenpeace hatten in den vergangenen sechs Monaten bei elf Agrarhändlern 38 Giftmittel gekauft, für die es in Deutschland seit Jahren entweder keine Zulassung mehr gibt, noch nie gab oder die sogar EU-weit verboten sind.

"Es besteht dringender Handlungsbedarf. Es darf nicht sein, dass hochgiftige verbotene Substanzen an jeder Ladentheke erhältlich sind oder über Direktversand und Internethandel eingekauft werden können und so letztlich auf unseren Tellern landen", sagte Greenpeace-Agrarexperte Martin Hofstetter in Berlin. "Zum Teil handelt es sich um akut giftige Substanzen, die weder in den Handel, noch in die Umwelt und erst recht nicht in unser Essen gelangen dürfen."

Als Reaktion auf die am Dienstag veröffentlichten Greenpeace-Ermittlungen hatte der baden-württembergische Landwirtschaftsminister Peter Hauk (CDU) erklärt, dass nun Bußgelder erhöht und strafrechtliche Schritte ermöglicht werden sollten. "Der Rechtsrahmen läßt auch heute schon Bußgelder bis zu 50.000 Euro zu.

Dies wird nach Auskunft der Länderbehörden jedoch kaum genutzt", so Hofstetter. Über den illegalen Pestizidhandel ist selbst die Bundesregierung informiert. Auf eine kleine Anfrage der Grünen am 16.

August 2006 gab sie an, dass "2005 bei ca. 30 Prozent der rund 3000 kontrollierten Pestizidhändler illegale Pestizide gefunden wurden. 2004 waren es 27 Prozent".

Bei staatlichen Untersuchungen werden regelmäßig nicht zugelassene Wirkstoffe in Lebensmitteln aus Deutschland nachgewiesen. So entdeckte die Lebensmittelüberwachung Baden-Württemberg beispielsweise 2005 in 34 Prozent der dort angebauten Stachelbeeren und in 23 Prozent der Johannisbeeren nicht zugelassene Wirkstoffe. In Niedersachsen waren im vergangenen Sommer sogar 44 Prozent der Johannisbeeren betroffen.

"Insidern ist doch schon lange bekannt, dass es erhebliche Probleme mit dem Einsatz illegaler Pestizide vor allem im deutschen Obst- und Gemüseanbau gibt", sagt Martin Hofstetter. "Seit Jahren verschließen die politisch Verantwortlichen die Augen vor diesem Problem." Greenpeace fordert den Bund und die Länder auf, intensive grenzüberschreitende Betriebskontrollen bei Agrarhändlern durchzuführen. Die Ergebnisse der Pestizidkontrollen auf Bauernhöfen sollten öffentlich bekannt gemacht werden.

Den Bericht "Krimineller Handel mit illegalen Pestiziden" finden Sie unter [www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de).

\*

Von PAN: Hamburg, 7.12.2006

### **Illegale Pestizidanwendungen unterschätzt Eine neue Studie von PAN Germany belegt, dass die Bundesregierung das Ausmaß illegaler Pestizidanwendungen grob unterschätzt.**

Die Pflanzenschutzkontrolle der Bundesländer stellte bei Betriebsinspektionen 2004 fest, dass in rund 4% der kontrollierten Betriebe unzulässige Pestizide eingesetzt wurden. Dies ist im Bericht des Bundes zum Pflanzenschutz-Kontrollprogramm 2005 nachzulesen. Den Ergebnissen der neuen Studie des Pestizid Aktions-Netzwerk e. V. (PAN Germany) zufolge, drückt diese Zahl jedoch keineswegs das wirkliche Ausmaß des Problems aus.

Um die staatlichen Angaben über illegale Anwendungen von Pestiziden in Deutschland zu überprüfen, wertete PAN Germany die öffentlich zugänglichen Daten über Pestizidrückstände in Lebensmitteln deutscher Herkunft aus. Das Ergebnis lautet für 2004: In 13% der Proben befanden sich Rückstände von Pestiziden, die aufgrund der Zulassungssituation nicht hätten angewendet werden dürfen. In über der Hälfte der untersuchten Anbaukulturen (54%) - vom Apfel bis zur Tomate – wurden illegale Pestizidanwendungen festgestellt. Auch wenn die Zahlen der Pflanzenschutzkontrolle und die PAN-Zahlen nicht direkt miteinander vergleichbar sind, rechtfertigen sie doch die Aussage, dass das Problem weit größer ist, als bisher durch die behördlich genannten 4% ausgedrückt wird.

Viele der gefundenen Wirkstoffe sind gefährlich für die Umwelt. In einigen Fällen waren die Rückstände illegal eingesetzter Pestizide so hoch, dass eine Gesundheitsgefährdung der Verbraucher nicht ausgeschlossen werden kann. Da viele Pestizide nicht so langlebig sind, dass sie noch als Pestizidrückstand nachgewiesen werden können, handelt es sich bei der Angabe von PAN um eine konservative Schätzung, die nicht das gesamte Ausmaß der illegalen Pestizidanwendungen abbildet.

Carina Weber, PAN Germany Programm-Geschäftsführerin: "Die offiziellen Angaben über illegale Pestizidanwendungen stellen das Problem nicht angemessen dar. Über die Nutzung aller öffentlich verfügbaren Daten wird sichtbar, dass wir in Deutschland mit einem erheblichen Problem illegaler Pestizidanwendungen konfrontiert sind."

Immer noch agieren die verschiedenen mit der Überwachung und Kontrolle von Pestizidanwendungen betrauten Behörden nicht ausreichend koordiniert und nicht ausreichend intensiv. PAN fordert daher die Behörden auf, endlich Hand in Hand zu arbeiten und zur Reduktion der illegalen Anwendungen alle Möglichkeiten der Identifizierung und der Lösung des Problems zu nutzen.

Weitere Informationen:

Carina Weber, E-Mail: [carina.weber@pan-germany.org](mailto:carina.weber@pan-germany.org)

Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. <http://www.pan-germany.org>

\*\*\*

5.12. 2006 Bundestag

### **Bundesregierung für harmonisierten Pflanzenschutz in der EU**

Berlin: (hib/VOM) Die Bundesregierung unterstützt die Harmonisierung der Vorschriften über Pflanzenschutzmittel in der Europäischen Union. Wie es in ihrer Antwort (16/3549) auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen (16/2720) heißt, solle EU-weit ein hohes Schutzniveau für die Verbraucher, für die Anwender von Pflanzenschutzmitteln sowie für den Naturhaushalt verankert werden. Die weitere Harmonisierung der Vorschriften dürfe allerdings nicht zu neuen bürokratischen Hemmnissen führen. Die Fraktion habe in ihrer Anfrage selbst eingestanden, dass die Risiken, die aus der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln resultieren können, in den vergangenen Jahren abgenommen haben. Das abnehmende Risiko sei vor allem darauf zurückzuführen, dass Pflanzenschutzmittel auf der Basis wissenschaftlicher Bewertungen zugelassen werden und die Zulassung mit klaren Anwendungsbestimmungen verbunden wird. Pflanzenschutzmittel dürften nur zugelassen werden, heißt es weiter, wenn die Prüfung unter anderem ergibt, dass sie bei sachgemäßer Anwendung ausreichend wirksam sind und keine schädlichen Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier sowie auf das Grundwasser haben. Weitere negative Auswirkungen auf den Naturhaushalt sowie auf den Hormonhaushalt von Mensch und Tier müssten ebenfalls [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)

\*\*\*

Dez. 2006

### **Pestizide: Entwicklungsstörungen von Kleinkindern nach pränataler Exposition mit Chlorpyrifos**

Atlanta - Kinder, bei denen nach der Geburt erhöhte Konzentrationen des Pestizids Chlorpyrifos im Nabelschnurblut festgestellt wurden, waren einer Studie in Pediatrics (2006; 118: e1845-e1859 (doi:10.1542/peds.2006-0338) zufolge oftmals im Alter von [mehr] <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=20396>

\*\*\*

Nov. 2006

### **Parkinsonrisiko durch Pestizide? - US-Studie: Landwirte häufiger von Schüttellähmung betroffen**

Baierbrunn (ots) - Für Landwirte und Angehörige anderer Berufsgruppen, die verstärkt Pestiziden ausgesetzt sind, kann sich das Parkinson-Risiko um bis zu 70 Prozent erhöhen. Das berichtet die "Apotheken Umschau" unter Berufung auf Professor Alberto Ascherio von der Harvard-Universität, Boston (USA). Er hatte diesen Zusammenhang mit einer Studie untersucht, für die er die Krankengeschichten von 143000 Menschen auswertete.

Originaltext: Wort und Bild - Apotheken Umschau

Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=52678>

Anmerkung Scherrmann:

Interessant hierbei ist, dass diese Meldung überhaupt in der Apotheken Umschau veröffentlicht wurde, ( wenn auch mit Fragezeichen).

Zu dieser Thematik siehe u.a. das Urteil im BG-Verfahren unter <http://www.safer-world.org/d/themen/Recht/Urteile/urteil.htm> (Parkinson'sche Erkrankung eines Landwirts durch Pestizide als Berufskrankheit anerkannt)

---

## **CHEMIKALIEN - QUARZ**

Vom Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften.

### **11.12.2006: Sicherer Umgang mit Quarz im Überblick**

Die Quarzstaublungenenerkrankung war 1929 eine der ersten deutschen Berufskrankheiten. Heute werden pro Jahr immer noch mehr als 1.000 Silikosen als Berufskrankheit anerkannt. Lungengängiger

Quarzstaub wird inzwischen national und international auch als krebserzeugend bewertet. Zum sicheren Umgang mit Quarz am Arbeitsplatz liefert jetzt das Berufsgenossenschaftliche Institut für Arbeitsschutz (BGIA) ein aktuelles und umfangreiches Nachschlagewerk: Der neue Report enthält neben Informationen rund um Eigenschaften, Vorkommen und Verwendung von Quarz, Hinweise auf potenzielle Gesundheitsgefahren sowie Angaben zu Vorschriften, Regeln, Mess- und Analyseverfahren. Er richtet sich vorrangig an alle, die mit der Prävention von Berufskrankheiten auf betrieblicher wie institutioneller Ebene befasst sind: von der Fachkraft für Arbeitssicherheit bis hin zum Arbeitsmediziner und Epidemiologen.

Kernstück des Berichts sind etwa 100.000 Messwerte aus 600 Arbeitsbereichen, ergänzt um Einzelheiten zu Tätigkeit, Arbeitsverfahren und Schutzmaßnahmen. Die Messdaten sind nach Branchen und Arbeitsbereichen gegliedert und beschreiben den Stand der Technik im Umgang mit Quarz. "Der Stand der Technik ist eine wichtige Orientierungshilfe für den Anwender, nachdem mit der neuen Gefahrstoffverordnung der Grenzwert weggefallen ist", erläutert Dr. Markus Mattenklott vom BGIA die Bedeutung des Reports. Zu wissen, welche Verfahren, Geräte bzw. Produkte eine möglichst geringe Quarzstaubemission gewährleisten und wie hoch diese ausfallen, sei wesentlich für die gesetzlich geforderte Gefährdungsbeurteilung beim Umgang mit Gefahrstoffen. Der Quarzexperte weiß auch, dass das Thema Quarzstaub nicht der Vergangenheit angehört: "Quarz finden wir immer noch in nahezu jeder Branche; vorrangig in der Steine und Erden-Industrie und im Baubereich, aber beispielsweise auch als Füllstoff in der Gummi-, Kunststoff- und Farbindustrie oder als Rohstoff in der chemischen und keramischen Industrie beziehungsweise als Schwingquarz in der Elektrotechnik oder in Gießereien." Neben dem Wert für die praktische Prävention bietet der Bericht auch eine wichtige Datengrundlage für alle, die sich mit der Frage nach Grenz- und Schwellenwerten oder mit der Anerkennung quarzstaubbedingter Berufskrankheiten befassen. Der BGIA-Report steht unter <http://www.hvbg.de/code.php?link=1902363> zur Verfügung, weitere Informationen zum Thema unter: <http://www.gefahrstoffe.de/gest/currentissue.php>

Anmerkung Scherrmann:

Es ist meines Erachtens schon erstaunlich, dass der HGVB so offen schreibt. Andererseits nach fast 80 Jahren Erkenntnissen sind wohl die Erkenntnisse und Erfahrungen nicht mehr wegzudiskutieren bzw. wegzugutachten.

=====

## CHEMIKALIEN -TABAK

Dez. 2006

### **Kabinett stoppt einheitliches Rauchverbot**

Das geplante bundeseinheitliche Rauchverbot in Gaststätten, Schulen und öffentlichen Gebäuden ist offenbar vom Tisch. Das Kabinett will nur noch Verbote für Bundesbehörden beschließen. Um den Rest sollen sich die Länder kümmern.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,453251,00.html>

Und/oder

### **Kein bundesweites Rauchverbot – einzelne Länder erwägen Alleingang**

Berlin - Ein bundesweites Rauchverbot in Gaststätten und öffentlichen Gebäuden ist vom Tisch. Die Bundesregierung will sich aus verfassungsrechtlichen Gründen auf Regelungen für Gebäude beschränken, die in Bundeskompetenz liegen, wie Regierungssprecher Ulrich Wilhelm am Freitag bestätigte. Das Bundeskabinett will kommende Woche dazu Eckpunkte beschließen. Mit den Ländern solle es aber eine „abgestimmte Initiative“ zum Nichtraucherschutz geben. Darüber wolle Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) [mehr]

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=20444>

Anmerkung Scherrmann:

Ich bin neugierig, wieviele Jahre oder Jahrzehnte es noch dauern wird, bis wir in allen Bundesländern eine ähnliche Gesetzeslage wie in Italien, Irland, Frankreich etc. haben werden. Da Deutschland in vielen Bereichen (z. B. bzgl. der nichtvorhandenen Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen) Alleingänge vornimmt und auf Freiwilligkeit und individuelle Freiheiten setzt, habe ich nicht viel Hoffnung, dass sich in **allen** Bundesländern bzgl. des Rauchverbots - trotz aller medizinischen Erkenntnisse - in absehbarer Zukunft viel ändern wird.

\*\*\*

### **Rauchen beschleunigt Gelenkdegeneration bei Arthritispatienten**

Boston – „Raucher riskieren einen schmerzvolleren und progressiveren Verlauf der Osteoarthritis als Nichtraucher“. Darauf weist ein US-amerikanisches Forscherteam aus Experten der Boston University, der University of California in San Francisco und

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=20446>

=====

### **ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG**

Vom Mobilfunk-Newsletter der Bürgerwelle e.V.

#### **Der Handykrieg auf DVD,**

Sicherlich ein Film, der der Mobilfunkindustrie nicht gefallen wird, deckt er doch anhand der Geschichte des amerikanischen Wissenschaftlers

Dr. George Carlo, einige ihrer üblen Machenschaften auf. Carlo, der Insider, von 1993 bis 1999 mit einem Budget von 28,5 Mio. Dollar ausgestattet, folgte seinem Gewissen und forderte von der Industrie, die Verbraucher auf die eindeutigen Gesundheitsrisiken hinzuweisen, statt ihnen weiterhin vorzugaukeln, die Handy-Nutzung sei unbedenklich!

Doch anstatt seinen wissenschaftlichen Empfehlungen zu folgen, begann sein Auftraggeber, der amerikanische Industrieverband CTIA (Cellular Telephone Industry Association) den hochqualifizierten Mann aus Washington D.C. zu diskreditieren. Wie durch Zufall brannte sein Haus, wurden die Zahlungen eingestellt, sein Name durch den Schmutz gezogen...

Nachdem er zusammen mit dem Washington Post Journalisten Martin Schram ein Buch über seine Industrieerfahrungen geschrieben hatte ("Cell Phones - Invisible Hazards in a Wireless Age", 2001), willigte er ein, eine brisante Mission zu begleiten : Als Experte den spektakulären Rechtsstreit einiger Anwälte gegen die Mobilfunkindustrie weltweit zu koordinieren.

Der Film, der in Frankreich in voller Länge gezeigt wurde ("Portables en accusation" , France 2 , 50 Minuten, Mai 2006), stammt vom deutschen Filmemacher Klaus Scheidsteger , der auf Anfrage kommentierte: " Ich bin gespannt, wie mein Film nach den Kürzungen aussieht ..."

In Frankreich hatte die Industrie versucht, den Film juristisch zu stoppen, nach einigen kleinen Änderungen, sahen ihn immerhin 2 Mio. Zuschauer, trotz der relativ schlechten Sendezeit von 23 Uhr.

Der Sendeplatz in Vormittagsprogramm des MDR, um 10 Uhr 35 , spricht eine deutliche Sprache : "...mich wundert da nichts mehr", so Klaus Scheidsteger

Die Bürgerwelle hat mit dem Filmemacher Klaus Scheidsteger einen Exklusivvertrieb für den Film "Der Handykrieg" für den gesamten deutschsprachigen Raum vereinbart.

Im MDR ist dieser Film am 7.12.2006 um 10.35 in einer gekürzten Version von ca. 30 Minuten gelaufen. Aufgrund der Kürzung fehlen brisante Fakten.

Die Bürgerwelle bringt für Sie den ungekürzten Film mit einer Länge von ca. 50 Minuten!

Der Preis liegt bei € 15.- inkl. MwSt. zuzgl. Versandkosten. Vorebestellungen bitte an die Adresse der Bürgerwelle.

PS. Die Bürgerwelle hat mit Herrn Scheidsteger vereinbart, dass der Film öffentlich vorgeführt werden darf! Somit kann der Film z.B. in Schulen, auf Veranstaltungen usw. gezeigt werden!!!

Zu beziehen in der ungekürzten Originalfassung bei der Bürgerwelle unter:

<http://www.buergerwelle.de/>

\*\*\*

Auszug aus electrosmog-news

## **Funkturm-Umgebungsstudie aus Ägypten. Neuropsychologische Auswirkungen bei Menschen rund um Funktürme**

Zusammenfassung

**Hintergrund: Grund zu der Annahme, dass hochfrequente elektromagnetische Strahlung von Funktürmen gesundheitsgefährdend auf das menschliche Nervensystem wirkt.**

**Ziel: Mögliche neuropsychologische Defizite bei Personen, die in der Nähe von Funktürmen leben, auszumachen.**

Methodik: Es wurde eine Querschnittsstudie bei 85 Personen durchgeführt, die in der Nähe des ersten Funkturms im Gouvernorat Menoufiya in Ägypten leben. Während 37 Personen im Gebäude unter dem Funkturm leben, leben 48 gegenüber der Funkanlage. Eine Kontrollgruppe von 80 Personen wurde mit der bei dem Funkturm lebenden Gruppe auf Alter, Geschlecht, Beruf und Bildungsniveau abgeglichen. Zusätzlich zum Eysenck personality questionnaire (EPQ) füllten alle Teilnehmer einen klar strukturierten Fragebogen aus, der Fragen über die persönliche Entwicklung, die Bildungs- und Krankengeschichte, Grund- und neurologische Untersuchungen und eine neuropsychologische Testbatterie [dies umfasst Tests zur visuell-motorischen Geschwindigkeit, Problemlösungen, Aufmerksamkeit und Gedächtnis] enthielt.

Ergebnisse: Die Prävalenz von neuropsychiatrischen Beschwerden wie Kopfschmerzen (23.5%), Veränderungen im Gedächtnis (28.2%), Schwindel (18.8%), Zucken (9.4%), Depressionen (21.7%) und Schlafstörungen (23.5%) waren bei den in Reichweite des Funkturms lebenden Personen deutlich höher als bei den Kontrollpersonen (10%), (5%), (5%), (0%), (8.8%) und (10%), jeweils ( $P < 0.05$ ). Die neuropsychologische Testbatterie ergab, dass die in der Nähe des Funkturms lebenden Personen eine deutlich niedrigere Leistungsfähigkeit in einem der Aufmerksamkeits- und auditiven Kurzzeitgedächtnistest [Paced Auditory Serial Addition Test (PASAT)] aufwiesen als die Kontrollpersonen. Die Personen, die gegenüber der Anlage lebten, wiesen weiterhin eine niedrigere Leistungsfähigkeit im Problemlösungstest (Block Design) als die Bewohner unter der Anlage auf. Alle Bewohner erbrachten bessere Leistungen in den beiden Tests zur visuell-motorischen Geschwindigkeit (Digit Symbol und Trailmaking B) und in einem der Aufmerksamkeits-tests (Trailmaking A) als die Kontrollpersonen. Die zuletzt gemessenen Werte der hochfrequenten elektromagnetischen Strahlung des ersten Funkturms im Gouvernorat Menoufiya waren niedriger als die erlaubten Höchstwerte („Digital Symbol“ und „Trailmaking“ sind zwei spezielle Aufmerksamkeitsteste, d.Hrsg.).

Schlussfolgerungen und Empfehlungen: Personen, die in der Nähe von Funktürmen leben, können neuropsychiatrische Probleme entwickeln und sowohl positive als auch negative Veränderungen in ihrer Leistungsfähigkeit hinsichtlich der neuropsychologischen Funktionen erfahren. Deswegen wird eine Überarbeitung der offiziellen Richtlinien zur Exposition der Öffentlichkeit von hochfrequenter elektromagnetischer Strahlung von Funktürmen und die Benutzung einer neuropsychologischen Testbatterie zur regelmäßigen Bewertung und Früherkennung biologischer Effekte auf Bewohner rund um solcher Anlagen empfohlen.

Übersetzung des Originalartikels ins Englische von G. Abdel-Rassoul et al.

Neurobehavioral effects among inhabitants around mobile phone base stations, NeuroToxicology (2006), doi:10.1016/j.neuro.2006.07.012

G. Abdel-Rassoul \*, O. Abou El-Fateh, M. Abou Salem, A. Michael, F. Farahat, M. El-Batanouny, E. Salem

Community, Environmental and Occupational Medicine Department, Faculty of Medicine, Menoufiya University, Shebin El-Kom, Egypt

Eingang: 20 Oktober 2005; Veröffentlichung: 18 Juli 2006

ins Deutsche Anne von Gladiß

Abstract (in Englisch) :

[http://www.ncbi.nlm.nih.gov/entrez/query.fcgi?cmd=Retrieve&db=pubmed&dopt=Abstract&list\\_uids=16962663](http://www.ncbi.nlm.nih.gov/entrez/query.fcgi?cmd=Retrieve&db=pubmed&dopt=Abstract&list_uids=16962663)

=====

## GENMODIFIZIERTES SAATGUT

Von Bioland 15.12.06

### **Bioland gegen Abschluss der Verhandlungen zur neuen EU-Ökoverordnung**

Mainz (ots): **Appell an Bundesminister Seehofer: Kompromiss zur EU-Ökoverordnung nicht zustimmen**

Bioland appelliert an Bundesminister Horst Seehofer, dem aktuellen Neuentwurf der EU-Ökoverordnung nicht zuzustimmen und keine Vorfestlegungen vor weiteren Verhandlungen in 2007 zu treffen.

Während die finnische Präsidentschaft zum Ende ihrer Amtsperiode versuche, bei der Ministerratssitzung am kommenden Dienstag\* entgeltliche Festlegungen zu erzwingen, vertrete die gesamte europäische Biobewegung die Auffassung, dass der aktuelle Verordnungsentwurf nicht ausgereift sei. "Wer einer vorzeitigen Festlegung auf eine neue EU-Ökoverordnung zustimmt, gefährdet mit den vorgesehenen Rechtsvorschriften die Glaubwürdigkeit der ökologischen Lebensmittelwirtschaft und damit die Entwicklung des ökologischen Landbaus", so Thomas Dosch, Bioland-Präsident und Vorstand der IFOAM-EU-Gruppe\*\*, dem Zusammenschluss von 330 Organisationen der europäischen Biobewegung.

Persönliche Gespräche mit dem finnischen Landwirtschaftsminister Korkeaoja in Helsinki und EU-Kommissarin Fischer Boel in Brüssel hätten gezeigt, dass eine weitere Verhandlungsrunde in 2007 die Chance bieten würde, zu einem praxistauglichen Gesetzesinstrument zu kommen, so Thomas Dosch.

Sowohl unter der österreichischen als auch unter der finnischen Präsidentschaft sei es den EU-Mitgliedsstaaten gelungen, den ursprünglichen Entwurf der EU-Kommission vom Dezember 2005 positiv weiter zu entwickeln. Gerade jetzt nach einer Phase konstruktiver Verhandlungen dürfe der Prozess nicht durch den Wunsch der finnischen Regierung, 'Nägel mit Köpfen' machen zu wollen, unterbrochen werden.

Bedenken zahlreicher Mitgliedsstaaten und der Akteure der europäischen Biobewegung seien nach wie vor nicht ausgeräumt. Diese Bedenken dürften nicht unberücksichtigt bleiben, nur um möglichst schnell zu einer "generellen Übereinkunft" zu kommen.

Im EU-Ministerrat soll am 19.12.06 auf Wunsch der finnischen Präsidentschaft ein "general agreement" zur Revision der EU-Ökoverordnung erzielt werden. Danach wären in 2007 nur noch Änderungen kleinerer technischer Details möglich. Die neue Verordnung tritt in jedem Fall erst zum Januar 2009 in Kraft. Ein Grund, die Verhandlungen unter finnischer Ratspräsidentschaft in 2006 zu Ende zu bringen, liegt nicht vor. Kritikpunkte der Biobranche könnten somit unter deutscher Ratspräsidentschaft weiter verhandelt und ausgeräumt werden.

Weitere Informationen und offizielle Dokumente: siehe <http://www.ifoam.org>

Originaltext: Bioland e.V.

Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de> (der Artikel ist nicht mehr im Netz)

\*\*\*

27.11. 2006

### **Widerstand gegen geplante Erleichterung von Genpflanzen-Anbau Berlin -**

Landwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU) ist mit Plänen

für einen leichteren Anbau von Gen-Pflanzen auf scharfen Widerstand gestoßen. Seehofer plant unter anderem, künftig sowohl die Forschung

für genveränderte Pflanzen als auch die [mehr]

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=txt&id=20289>

\*\*\*

Von Naturland 17.11.06

### **Seehofers Erstes: die Feuerprobe steht noch aus / Naturland warnt davor, der Agro-Gentechnik den Weg zu ebnen**

Gräfelfing (ots) - Am 22. November 2006 ist Horst Seehofer ein Jahr im Amt, doch die Feuerprobe

muss der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz erst noch bestehen: die Novellierung des Gentechnikgesetzes ist noch nicht vom Tisch. "Hier wird sich zeigen, ob der Minister für die Interessen von Verbrauchern, Bauern und Umwelt gerade steht, oder ob sie der High-Tech-Initiative der Forschungsministerin geopfert werden", kommentiert Hans Hohenester, Präsidiumsvorsitzender von Naturland die Bewährungsprobe des Ministers.

Bisher schützt das deutsche Gentechnikgesetz die Landwirte, die gentechnikfrei auf Deutschlands Äckern wirtschaften und die Verbraucher, die zu über 70 Prozent kein Gen-Food wünschen. Doch das Landwirtschaftsministerium arbeitet an einem Änderungsvorschlag für das Gesetz, um den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen zu forcieren. Die in der Diskussion stehenden Veränderungen lassen eine Verschlechterung für Bauern, Verbraucher und Umwelt befürchten. Geplant ist unter anderem, dass die Anwender der Gentechnik nur noch in den Fällen haften müssen, bei denen die gentechnische Verunreinigung über 0,9 Prozent liegt. Das würde vor allem den Öko-Bauern schaden, deren Kunden keinerlei gentechnische Verunreinigung tolerieren, und einer schleichenden Verunreinigung der gesamten Nahrungskette und der Umwelt Tür und Tor öffnen. "Wer den Grenzwert von 0,9 Prozent als Regelfall akzeptieren will, lässt die Bauern im Regen stehen und missachtet die Ängste der Mehrheit der Verbraucher. Wir warnen den Minister davor, der Industrie Hintertürchen für eine Technik zu öffnen, für die sie nicht gerade stehen will, sondern die Bauern und Verbraucher zahlen sollen," so Hans Hohenester weiter.

Mehrmals hat Landwirtschaftsminister Horst Seehofer in seiner einjährigen Amtsperiode gefordert, ihn an seinen Taten zu messen. Doch in Sachen Gentechnik hat Seehofer die Interessen der Verbraucher und Landwirte schon zweimal unter den Verhandlungstisch fallen lassen: bei der Zulassung von drei genmanipulierten Maissorten für den kommerziellen Anbau gleich zu Beginn seiner Amtsübernahme und der Zustimmung für die Einfuhr von keimfähigen Gen-Rapssaatguten der Firma Bayer im EU-Agrarministerrat im September dieses Jahres,

Naturland fördert den Ökologischen Landbau weltweit und ist mit über 46.000 Bauern einer der größten ökologischen Anbauverbände. Als zukunftsorientierter Verband gehören für Naturland Öko-Kompetenz und soziale Verantwortung zusammen.

Originaltext: Naturland e.V.  
<http://www.naturland.de>

=====

## **KLIMA**

Von Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V. 19. Dezember 2006

### **Streit um CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Offener Brief an Kanzlerin Merkel: „Konzerne müssen Treibhaus-Emissionen vollständig offenlegen“**

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren forderte heute in einem Offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass die Industrie notfalls gezwungen werden muss, ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken. Außerdem fordert der Verein, dass große Unternehmen die Höhe ihres Treibhaus-Ausstoßes vollständig offenlegen müssen. Der Verband reagiert damit auf den Offenen Brief von 15 Konzern-Vorständen, darunter BAYER-Chef Werner Wenning, in dem die von der EU vorgeschriebene Emissionsminderung attackiert wird.

Werner Wenning, der momentan auch dem Verband der Chemischen Industrie (VCI) vorsteht, brüstete sich unlängst, BAYER habe „seine Treibhausmissionen seit 1990 um deutlich mehr als 60% reduziert“. Diese vermeintliche Erfolgsbilanz verbindet Wenning mit Forderungen an die Politik wie der Befreiung von der Ökosteuer, dem Auslaufen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes sowie einem entschärften Emissionshandel. Wenning verschweigt jedoch in seinen öffentlichen Äußerungen, dass der Rückgang der Emissionen des Konzerns zum großen Teil auf Ausgliederungen sowie auf einem erhöhten Fremdbezug von Energie basiert. Die Emissionen der Energie-Zulieferer werden in der Umweltbilanz von BAYER jedoch nicht berücksichtigt.

Philipp Mimkes von der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG): „Mit buchhalterischen Tricks

und unverbindlichen Selbstverpflichtungen lässt sich das Klima nicht retten. Die Industrie muss notfalls gezwungen werden, ihre Emissionen zu mindern. Hierbei muss natürlich der CO<sub>2</sub>-Ausstoß aller Zulieferer, insbesondere im Energiebereich, berücksichtigt werden.“ Die CBG wirft dem Vorstandsvorsitzenden von BAYER vor, ein doppeltes Spiel zu betreiben: „In der Öffentlichkeit stellt Werner Wenning den BAYER-Konzern als Vorreiter beim Klimaschutz dar. Gleichzeitig nutzt Wenning irreführende Zahlen, um eine Abschwächung gesetzlicher Regelungen zu fordern“, so Mimkes weiter.

BAYER steigert seit 15 Jahren den Fremdbezug von Energie. Die bei den Zulieferern anfallenden CO<sub>2</sub>-Emissionen werden in BAYERs Klimabilanz jedoch nicht berücksichtigt und auch auf Nachfrage nicht genannt. Hierdurch sinkt automatisch die Höhe der Emissionen des Konzerns - wenn auch nur auf dem Papier. Prof. Jürgen Rochlitz, Mitglied der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission für Anlagensicherheit: „BAYER will augenscheinlich davon ablenken, dass das Unternehmen nach wie vor zu den großen Klimasündern in Deutschland gehört. Nicht einmal der Konkurrent BASF, wahrlich kein Vorbild in Sachen Umweltschutz, rechnet seine Bilanz derartig schön.

Die Kritik der CBG wird von der Unternehmensberatung Arthur D. Little untermauert. In einer Evaluierung des BAYER Nachhaltigkeitsberichts schreiben die Prüfer: „Zusätzlich zum Energieverbrauch werden auch die CO<sub>2</sub>-Emissionen berichtet. Allerdings ist diese Information von begrenzter Relevanz, weil Emissionen aus der Produktion extern erzeugter Energie nicht berücksichtigt werden und die berichtete Reduzierung zum Teil aus dem zunehmenden „Out-sourcing“ der eigenen Energieerzeugung resultiert.“

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren dokumentierte in den vergangenen 25 Jahren hunderte von ökologischen und sozialen Problemen, die auf die Geschäftspolitik des Konzerns zurückgehen.

Der Brief an Angela Merkel im Wortlaut: [www.cbgnetwork.de/1741.html](http://www.cbgnetwork.de/1741.html)

Bitte lesen Sie hierzu auch:

- eine ausführliche Analyse
- einen Gegenantrag zur Bayer Hauptversammlung
- eine gemeinsame Presse-Mitteilung von fünf Umweltverbänden

Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V. [www.cbgnetwork.de/](http://www.cbgnetwork.de/)

=====

## **KRANKHEITEN - ALZHEIMER**

### **24.11.06 AFI fördert Alzheimer-Forschung mit 317.000 EUR**

Düsseldorf (ots) - Im elften Jahr ihres Bestehens stellt die Alzheimer Forschung Initiative e.V. (AFI) 317.000 EUR für fünf richtungsweisende Forschungsprojekte an deutschen Universitäten bereit. Diese dienen zur Aufklärung der für Alzheimer typischen Veränderungen im Gehirn, erleichtern die Diagnosestellung und ermöglichen eine Weichenstellung für mögliche therapeutische Interventionen.

Dr. Max Holzer vom Paul-Flechsig-Institut in Leipzig arbeitet an der Entwicklung von Kinaseinhibitoren, die Alzheimer-typische Ansammlungen von Tau-Proteinen in den Gehirnzellen verringern sollen. Sein Projekt wird mit 80.000 EUR gefördert.

Eine weitere Alzheimer-typische Veränderung, die Anhäufung von Aß-Plaques im Gehirn, bildet den Ausgangspunkt für drei geförderte Projekte. Sie befassen sich mit Faktoren, die an der Entstehung und den Folgen der Plaquesbildung beteiligt sind. Prof. Dr. Willnow vom Max-Delbrück-Centrum in Berlin und Prof. Dr. Reinhard Schliebs vom Paul-Flechsig-Institut Leipzig werden jeweils mit 80.000 EUR gefördert.

Prof. Dr. med. Thomas Deller von der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt erhält für ein Jahr 40.000 EUR.

Das Projekt des Nachwuchsforschers Dr. Peter Uhlhaas vom Universitätsklinikum Frankfurt untersucht Defizite in der visuellen Wahrnehmung bei Alzheimer-Patienten. Sein Projekt wird mit 40.000 EUR gefördert.

Im Jahr 2006 wurden bei der AFI 38 Forschungsprojekte eingereicht. Sie wurden durch international anerkannte Alzheimer-Experten begutachtet. Der wissenschaftliche Beirat der AFI unter Vorsitz von Prof. Dr. med. Konrad Maurer, Universitätsklinikum Frankfurt, traf seine Auswahl aufgrund der Gutachten und nach eingehender Diskussion über den wissenschaftlichen Wert des Projektes.

Die Alzheimer Forschung Initiative e.V. ist ein gemeinnütziger Verein, der sich aus Spendengeldern von Privatpersonen finanziert. Seit 1996 unterstützt die AFI zukunftssträngige Alzheimer- Forschungsvorhaben Die AFI hat insgesamt für 59 Forschungsprojekte rund EUR 3,14 Millionen an Spendengeldern bereitgestellt und ist damit der größte private Förderer von Alzheimer-Forschung in Deutschland.

Kurzfassungen der geförderten Projekte sowie die Fotos der ausgezeichneten Forscher sind im Internet <http://www.alzheimer-forschung.de/web/presse/> verfügbar oder können per E-Mail angefordert werden.

Originaltext: Alzheimer Forschung Initiative e.V.

Anmerkung Scherrmann:

Wann werden in solche Projekte auch Fragestellungen nach der Rolle von Langzeitexpositionen durch best. Chemikalien einbezogen?

=====

## **KRANKHEITEN - BRUSTKREBS**

Aus den Frauennews vom Dez. 2006 von MEP Hiltrud Breyer

### **Umfassende Brustkrebsprävention gefordert**

Für Frauen in Europa ist Brustkrebs die häufigste Form der Krebserkrankung, der jährlich 88.000 zum Opfer fallen, allein 18.000 davon in Deutschland. Es war deshalb höchste Zeit, dass das Europaparlament die Bekämpfung und Prävention von Brustkrebs ins Rampenlicht rückt. Die Abgeordneten haben den Startschuss gegeben für die umfassende Erforschung der Ursachen von Brustkrebserkrankungen. Es ist ein Ammenmärchen, dass genetische Faktoren und Lebensstil alleiniger Auslöser für den Ausbruch der Krankheit sind. Neue Studien bestätigen, dass schädliche Umwelteinflüsse in Form von giftigen Chemikalien oder erhöhter Strahlung für die Hälfte aller Brustkrebserkrankungen verantwortlich sind. Das Europaparlament hat die Weichen gestellt, dass gerade die Wirkung giftiger Chemikalien und die Wechselwirkungen mit anderen Risikofaktoren untersucht werden. Frauen sind giftigen Chemikalien ausgesetzt, vor denen sie sich trotz gesunder Lebensführung nicht schützen können. So zeigen Studien aus den USA, dass Bäuerinnen, auf deren Feldern bestimmte Pestizide im Einsatz sind, vermehrt an Brustkrebs erkrankten. Auch Frauen, die im Umkreis einer Deponie für Herbizide und Pestizide lebten, trugen ein erhöhtes Risiko. Von vielen der rund 100.000 synthetischen Chemikalien, die im Umlauf sind wissen wir nicht, wie sie weibliche Hormonabläufe stören und damit den Krebsausbruch begünstigen. Erwiesen ist jedoch, dass Phthalate, wie sie in vielen Kosmetikprodukten verwendet werden das Wachstum von Brustkrebszellen verstärken. Und manche von ihnen verringern die Wirksamkeit von Tamoxifen, einem weit verbreiteten Medikament zur Brustkrebsbekämpfung. Diese Erkenntnisse haben sich aber nicht in der kürzlich verabschiedeten EU-Chemikalienverordnung niedergeschlagen, denn dort wurde das Herzstück der verpflichtenden Substitution, dass uns vor

giftigen

Chemikalien schützen sollte, herausgerissen (siehe "Kurz berichtet").

[www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-/](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-/)

[www.hiltrud-breyer.eu](http://www.hiltrud-breyer.eu)

=====

## KRANKHEITEN - ENDOMETRIOSIS

Ich werde immer wieder bzgl. Fachliteratur zu Endometriosis gefragt.

Aufgrund einer Internet-Recherche zu "endocrine disruptors" stiess ich auf einen alten, aber nicht veralteten Artikel:

Dioxin and PCBs linked to Endometriosis von Peter Montague, 1993,

Ueber <http://www.rachel.org>

Oder per email ueber Scherrmann@safer-world.org

Auf <http://www.rachel.org/> finden sich - ueber "search" - weitere Eintraege zu Endometriosis im Zusammenhang mit endocrine Disrupters.

=====

## KURZINFO aus unterschiedlichen Quellen

20.12.2006

### **Gefährliche Mitbewohner: Schimmel konsequent bekämpfen**

Berlin (ddp). Schimmel hat in der Wohnung nichts zu suchen. Schimmelbefall an Wänden und Decken müsse man konsequent zu Leibe rücken, um die Gesundheit der Bewohner nicht zu gefährden, betont der Verband Privater Bauherren.

<http://www.netdoktor.de/nachrichten/index.asp?y=2006&m=12&d=21&id=125497>

18.12.2006

### **Verein bietet Hilfe zur Selbsthilfe für COPD-Kranke**

NEU-ISENBURG (eb). Vor kurzem wurde der Verein COPD-Deutschland e.V. gegründet. Der Verein will Hilfe zur Selbsthilfe bei der chronisch-obstruktiven Lungenerkrankung (COPD) leisten. Es sollen gesundheitsbezogene Projekte und Selbsthilfegruppen unterstützt werden. Auch die Kooperation zwischen Betroffenen, Ärzten, Krankenhäusern und Rehakliniken soll gefördert werden. Der neue Verein will außerdem Informationsveranstaltungen organisieren, um über die Lungenerkrankung COPD zu informieren. Weitere Informationen gibt es unter: [www.copd-deutschland.de](http://www.copd-deutschland.de)

Anmerkung Scherrmann:

Auf der angegebenen Website ist auch die Firma zu finden, die den Verein sponsort. Siehe weiter unten unter 1.12.2006

16.12.2006

### **Der menschliche Geruchssinn wird unterschätzt**

Menschen können Duftspuren in der freien Natur verfolgen und diese Fähigkeit mit Erfolg trainieren. Der menschliche Geruchssinn sei damit deutlich besser als gemeinhin angenommen, berichtet eine Gruppe um Jess Porter von der Universität Berkeley in Kalifornien nun im Journal "Nature Neuroscience". [http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=432292,4838,/medizin/gehirn\\_nerven](http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=432292,4838,/medizin/gehirn_nerven)

Anmerkung Scherrmann:

Es ist schon bizarr: Wenn ein Kranker mit Chemikalienintoleranz einem Arzt sagt, dass er sehr wohl viele verschiedene Substanzen in Niedrigdosen riechen und quasi als Kanarienvogel agieren kann, (der sich und andere durch seine Reaktionen vor Gefahren schuetzt) wird er als verrueckt erklart. Vielleicht kommen die obigen Erkenntnisse auch Menschen mit einer guten Spuernase zugute. Und vielleicht wird eines Tages erkannt, dass diese Faehigkeit auch fuer die Nochgesunden eine grosse Chance sein kann, krankmachende Substanzen aufzuspueren, um ihnen besser aus dem Weg zu gehen und/oder sie so schneller eliminieren zu koennen.

16.12.2006

### **Rückgang der Brustkrebsinzidenz – Folge der Women's Health Initiative**

San Antonio - Zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage kommt eine Studie zu dem Ergebnis, dass die

Zahl der Neuerkrankungen an Brustkrebs seit dem Ende der Hormonersatztherapie-Ära zurückgeht.  
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=20589>

### **Anabolika schädigten sogar Kinder von ehemaligen DDR-Athleten**

Sportler, die Anabolika einnehmen, schädigen nicht nur sich selbst. Auch ihr Nachwuchs ist stark gefährdet. Die Kinder gedopter Athleten bilden eine eigene Gruppe von Opfern, wie die erste systematische Dokumentation von Krankheitsgeschichten zwangsgedopter DDR-Sportler nahelegt. Diese Erkenntnis müsse den Gesetzgeber alarmieren, sagen die Autoren der Studie.  
<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=430376,4819,/geldundrecht/recht>

1.12.2006

### **Studie: Einfluss der Pharmaindustrie auf die Selbsthilfe groß**

Hannover - Viele Selbsthilfegruppen nutzen neben der Förderung durch die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) und die öffentliche Hand Sponsoring-Gelder aus der Pharmaindustrie. Das berichteten Prof. Dr. Gerd Glaeske und Dr. Kirsten Schubert vom Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen am Donnerstag. In der Kaufmännischen Krankenkasse (KKH) in Hannover stellten sie einen Bericht zum Einfluss der Pharmaindustrie auf die Selbsthilfe vor. Die Studie haben sie im Auftrag der [mehr] <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=20344>

Anmerkung Scherrmann:

Ergaenzend dazu: Es ist nicht nur das "Big Buseness", ich erlebe taeglich, dass auch die kleineren und die kleinen Firmen, auch die sog. alternative Medizin (im weitesten Sinn) auf SHGs Einfluss haben und nehmen.

### **Chemo Brain“ – Wie die Chemotherapie Hirnzellen zerstört - Hirnverkleinerung nach adjuvanter Chemotherapie**

Rochester/Kashiwa - Die Folgen der Chemotherapie für das Gehirn werden möglicherweise unterschätzt. Experimentelle Studien im Journal of Biology zeigen, dass Stammzellen im Gehirn empfindlicher als Tumorzellen auf häufig eingesetzte Zytostatika [mehr]  
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=20349>

17.11.2006

### **Diskussion um Zusammenhang zwischen ADHS und Rauchen entflammt**

Neue Studie über Suchtverhalten von ADHS-Patienten  
<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=061117008>

=====

## **NANOTECHNOLOGIE**

20.11.06

### **Mehr Verbraucherschutz bei Nano-Technologie - SECURVITA Krankenkasse fordert größere Transparenz**

Berlin (ots) - Bei dem zu erwartenden Boom der Nano-Technologie dürfen die gesundheitlichen Risiken nicht unter den Teppich gekehrt werden. Mit Blick auf die heutige Verbraucherkonferenz zur Nano-Technologie in Berlin erklärte die SECURVITA Krankenkasse: "Wir fordern die Bundesregierung auf, die Gesundheitsgefahren der neuen Super-Technologie zu prüfen. Die Risikoabschätzung hinkt weit hinter der industriellen Anwendung hinterher." Selbst das Bundesforschungsministerium räumt ein: "Mögliche toxische Wirkungen von Nanopartikeln sind noch nicht hinreichend untersucht."

Ebenso wie bei der Gentechnik, so die SECURVITA, muss es bei der Einführung einer neuen Großtechnologie ausreichende Sicherheit für die Verbraucher geben. "Wir setzen uns als Krankenkasse für mehr Transparenz und Verbraucherschutz ein. Patienten und Verbraucher haben ein Recht darauf, dass Forschungsergebnisse, die auf erhöhte Gesundheitsgefahren der Nano-Technologie hinweisen, offengelegt werden. Notwendig sind klare rechtliche Rahmenbedingungen und eine öffentliche Akzeptanz- und Risiko-Debatte."

Die Nano-Technologie verspricht eine Revolution bei Medikamenten und Lebensmitteln. Mit

millionstel Millimeter kleinen Wirkstoffen erhält die Medizin völlig neue Möglichkeiten. Ärzte und Wissenschaftler rätseln jedoch noch über die gesundheitlichen Konsequenzen. "Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Ihren Arzt oder Ihren Forschungsminister - aber beide haben zur Zeit noch keine Ahnung, welche Risikowelle durch die Invasion der Nanoteilchen auf die Verbraucher zukommt", warnt die SECURVITA Krankenkasse.

Originaltext: SECURVITA Krankenkasse  
eMail: [presse@securvita.de](mailto:presse@securvita.de) Internet: [www.securvita.de](http://www.securvita.de)

\*

15.11.06

### **Die Nano-Invasion / - SECURVITA fordert Schutz der Verbraucher bei neuer "Super-Technologie"**

Hamburg (ots) - "Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Ihren Arzt oder Ihren Forschungsminister - aber beide haben zur Zeit noch keine Ahnung, welche Risikowelle durch die Invasion der Nanoteilchen auf die Verbraucher zukommt", warnt die SECURVITA Krankenkasse.

Die Nano-Technologie verspricht eine Revolution bei Medikamenten und Lebensmitteln. Mit millionstel Millimeter kleinen Wirkstoffen erhält die Medizin völlig neue Möglichkeiten: Arzneimittel können sozusagen in winzige U-Boote verpackt werden, die im Körper nicht mehr auf die Blutbahn angewiesen sind. Die Medikamente dringen direkt in betroffene Körperzellen ein, etwa in Tumorgewebe. Neue Krebstherapien sind denkbar. Und Lebensmittel erhalten mit Nano-Partikeln ganz neue Eigenschaften.

Die industrielle Produktion ist bereits in den Startlöchern. Allein in Deutschland hat die Nano-Forschung bereits 1,3 Milliarden Euro an öffentlichen Fördergeldern erhalten, teilte das Forschungsministerium auf Anfrage mit. Aber Mediziner und Wissenschaftler rätseln immer noch über die möglichen Folgen der neuen Technologie.

"Der Verbraucherschutz wird sträflich vernachlässigt", kritisiert die bundesweite SECURVITA Krankenkasse in Hamburg. "Wir rufen Verbraucherzentralen, Umweltverbände und Krankenversicherungen dazu auf, sich mit der Nano-Technologie und ihren Folgen intensiv auseinanderzusetzen. Die Einführung einer Risiko-Technologie, der ein Marktvolumen von 100 Milliarden Euro vorhergesagt wird, erfordert einen klaren rechtlichen Rahmen und eine offene Akzeptanz- und Risiko-Debatte. Es darf keinen Goldrausch auf Kosten der Gesundheit geben!"

Die revolutionären Eigenschaften der Nano-Technologie sind faszinierend, aber die Auswirkungen sind noch kaum überschaubar.

Sicher ist nur, dass die Nano-Partikel eine eigene, explosive Dynamik entfalten können. Je winziger die Teilchen, desto aktiver und rätselhafter werden sie. Sie entfalten Eigenschaften, die die Stoffe in der "normalen" Welt nicht haben. Das beinhaltet aber auch die Gefahr, dass sie giftig für den menschlichen Organismus sein können, noch viel aggressiver als die Partikel im Dieselruß und Feinstaub.

"Die Nano-Invasion findet weitgehend im Verborgenen statt", erklärte SECURVITA-Sprecher Norbert Schnorbach in Hamburg. Eine Reihe von Nano-Produkten wird schon hergestellt, aber die Verbraucher lässt man noch im Dunkeln tappen. Eine Hinweispflicht wie bei Zusatzstoffen, Lebensmittelchemie oder Gentechnik gibt es nicht. Kritiker befürchten, dass die Nano-Technologie schleichend eingeführt wird, um eine kontroverse öffentliche Debatte wie bei der Gentechnik zu vermeiden.

"Für uns gehören Verbraucherschutz und Gesundheitsvorsorge zusammen", betont die SECURVITA Krankenkasse. Sie versichert über 140.000 Mitglieder und Familienangehörige in allen Bundesländern, versteht sich als Alternative im Gesundheitswesen und nutzt die Entscheidungsspielräume für mehr Gesundheitsvorsorge und Prävention.

Originaltext: SECURVITA Krankenkasse  
Weitere Informationen:  
SECURVITA Pressestelle, Mail: [presse@securvita.de](mailto:presse@securvita.de) Internet: [www.securvita.de](http://www.securvita.de)

Anmerkung Scherrmann:

Ich finde es bemerkenswert und wichtig, dass von Seiten der Krankenkassen eine kritische Stimme zur Nanotechnologie kommt. Ob die anderen Kassen diese Stimme hoeren? Ob sie in nicht allzuferner Zukunft sich auch kritisch mit Nanotechnologie auseinandersetzen?

\*\*\*

Vom BfR Bundesinstitut fuer Risikobewertung

30/2006, 24.11.2006

### **Verbraucher fordern verständliche Kennzeichnung und begleitende Risikoforschung für „Nano“-Produkte**

BfR-Verbraucherkonferenz zur Nanotechnologie in Lebensmitteln, Kosmetika und Textilien  
Eine verständliche Kennzeichnung, klare Definitionen, Begrifflichkeiten und Standards sowie deutlich mehr Forschung zu potenziellen Risiken, bevor die Nanotechnologie verstärkt in verbrauchernahen Produkte eingesetzt wird - so lauten die zentralen Forderungen des Votums der 16 Verbraucher, die an der BfR-Verbraucherkonferenz zur Nanotechnologie teilnahmen. Die Gruppe übergab das Votum am 20. November 2006 an Vertreter des Bundestages, der Bundesregierung, von Verbänden und des Präsidiums des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR). „Wir haben mit der Verbraucherkonferenz zur Nanotechnologie als erste öffentliche Institution in Deutschland dieses Instrument der Risikokommunikation erprobt“, sagte BfR-Präsident Professor Dr. Dr. Andreas Hensel in seiner Rede zum Abschluss der Konferenz. „Unsere Erfahrung zeigt, dass solch eine Veranstaltung gut geeignet ist, um Verbraucher in die wissenschaftliche Diskussion um die Bewertung neuer Technologien einzubeziehen. Die Verbraucher haben die potenziellen Chancen und Risiken der Nanotechnologie in Kenntnis des aktuellen wissenschaftlichen Forschungsstandes und der bestehenden Unsicherheiten bei ihrem Urteil sehr differenziert berücksichtigt.“ Kritisch sehen sie vor allem den Einsatz von Nanomaterialien in Lebensmitteln.

Die Verbraucherkonferenz zur Nanotechnologie wurde als Modellprojekt vom Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) initiiert und gemeinsam mit dem Unabhängigen Institut für Umweltfragen (UfU) sowie dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) als Auftragnehmer durchgeführt. Sie lehnt sich an das Modell der dänischen Konsensus-Konferenzen an und wird vom BfR als eines der möglichen Instrumente einer erweiterten Risikokommunikation erprobt. Grundlage der Risikokommunikationsaktivitäten des BfR ist der Dialog zwischen Risikobewertern, Risikomanagern und verschiedenen Interessengruppen aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, Verbänden, Behörden und der Bevölkerung. Die Durchführung einer Verbraucherkonferenz setzt den gesetzlichen Auftrag des BfR zur Risikokommunikation in die Praxis um, indem die Gruppe der Verbraucher bereits im Vorfeld einer breiten verbrauchernahen Anwendung der Nanotechnologie direkt in die Diskussion über Chancen und Risiken einbezogen wird. Es ist in Deutschland das erste Mal, dass eine öffentliche Institution dieses Instrument einsetzt.

Für die Verbraucherkonferenz zur Nanotechnologie wurden 16 Bürgerinnen und Bürger unterschiedlichen Alters und beruflicher Tätigkeit aus einem Kollektiv von 6000 zufällig ausgesuchten Personen nach soziodemografischen Kriterien ausgelost. Diese Gruppe hat sich an zwei Vorbereitungswochenenden intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt, zu den verschiedenen verbraucherrelevanten Aspekten dieser Technologie Fragen erarbeitet und Experten aus Wissenschaft, Verbänden, Behörden und der Industrie zur Beantwortung ausgewählt.

Vom 18. bis 20. November 2006 fand in Berlin die Abschlussveranstaltung der „BfR-Verbraucherkonferenz zur Nanotechnologie“ statt. In einer öffentlichen Anhörung stellten sich die geladenen Sachverständigen den Fragen der Verbrauchergruppe zum Einsatz der Nanotechnologie in Lebensmitteln, Kosmetika und Textilien. Um Fragen der Kennzeichnung von Nanoprodukten entspann sich immer wieder eine zum Teil hitzig geführte Debatte. Die Teilnehmer forderten eine solche Deklaration, um selbst entscheiden zu können, ob sie auf Basis der Nanotechnologie hergestellte Produkte kaufen wollen oder nicht. Weitere wichtige Diskussionspunkte waren die Entwicklung geeigneter Messverfahren zum Nachweis von Nanopartikeln, die Entsorgung von Nanoprodukten sowie die Bereitstellung von Mitteln zur Erforschung möglicher Risiken.

In einer geschlossenen Beratung hat die Gruppe anschließend ihr Votum zur Nanotechnologie verfasst. Es wurde am 20. November 2006 der Öffentlichkeit vorgestellt und den Vertretern von Behörden, Politik und Verbänden überreicht. Als sensibelster Bereich wird darin die Anwendung von

Nanomaterialien in Lebensmitteln genannt. Die bislang hierbei in Aussicht gestellten Vorteile bei der Anwendung der Nanotechnologie, wie z. B. Änderung der Fließeigenschaften von Ketchup oder Rieselfähigkeit von Produkten scheinen aus Verbrauchersicht angesichts möglicher Risiken eher entbehrlich. Beim Einsatz der Nanotechnologie in den Bereichen Kosmetika und Textilien überwiegt aus Verbraucherperspektive der bereits absehbare Nutzen deutlich potenzielle Risiken. So könnten zum Beispiel Nanopartikel in Sonnencremes für einen besseren UV-Schutz sorgen und damit der Zunahme von Hautkrebs entgegenwirken. Auch in Arbeits-, Sport- und Alltagsbekleidung ist aus Sicht der Verbraucher von der Nanotechnologie ein Schritt in Richtung mehr Lebensqualität zu erwarten.

Das Thema Nanotechnologie ist für das Bundesinstitut für Risikobewertung im Kontext des gesundheitlichen Verbraucherschutzes von Bedeutung, da auf dieser Basis hergestellte neue Materialien zunehmend in Verbraucherprodukten wie kosmetischen Mitteln, Bekleidungstextilien, Haushaltsprodukten und künftig auch in Lebensmitteln und Nahrungsergänzungsmitteln Verwendung finden. Durch die Erfassung einer faktenbasierten Meinung sollte ermittelt werden, welche Anforderungen Verbraucher an den Einsatz der Nanotechnologie stellen. Das Votum der Konsumenten ist damit sowohl für Produzenten als auch für Entscheidungsträger aus Politik und behördlichem Verbraucherschutz eine wichtige Information beim Umgang mit der Nanotechnologie und ihren Produkten.

Dokumente -Ausgewählte Fragen und Antworten zur Nanotechnologie (FAQ vom 15.11.2006) (PDF-Datei, 106.6 KB) <http://www.bfr.bund.de/cd/8552>  
[http://www.bfr.bund.de/cm/276/ausgewaehlte\\_fragen\\_und\\_antworten\\_zur\\_nanotechnologie.pdf](http://www.bfr.bund.de/cm/276/ausgewaehlte_fragen_und_antworten_zur_nanotechnologie.pdf)

=====

## RECHT

15.12.06

### NABU: Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz verstößt gegen EG-Recht

Berlin (ots) - Der NABU hat gegen das heute in Deutschland in Kraft getretene Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz bei der EU-Kommission Beschwerde eingelegt. "Das mit 17-monatiger Verspätung erschienene Gesetz ist in höchstem Maße EG-rechtswidrig. Es missachtet, dass den Umweltverbänden nach dem europäischen Recht neuerdings ein 'weiter Zugang zu Gerichten' zu gewähren ist und sie daher mit umfassenden Klagerechten ausgestattet werden müssen", sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Das neue Gesetz sehe aber nur dann Klagemöglichkeiten von Verbänden vor, wenn sie sich auf Vorschriften berufen, gegen die Bürger ohnehin vorgehen können. Verstöße gegen den Klima-, Gewässer- und Naturschutz könnten sie dagegen nicht geltend machen. "Damit erhalten die Verbände praktisch keine neuen Klagerechte. Sie können sich nicht nachhaltig für das Allgemeinwohl einsetzen", kritisierte Tschimpke.

Der NABU habe die Bundesregierung mehrfach auf den Verstoß gegen die EG-Vorgaben hingewiesen, aber sie habe selbst die zahlreichen kritischen Stimmen der Sachverständigen ignoriert. Nun verkaufe sie das Gesetz auch noch als Erfolg und weise auf die angeblich weiten Klagerechte der Verbände hin. Dies sei Augenwischerei - jetzt könne nur noch der Gang nach Brüssel helfen. "Wir sind sicher, dass die Bundesregierung das Gesetz nachbessern muss", so Tschimpke. Der NABU sehe es als seine Pflicht an, dieses rechtswidrige Verhalten der Regierung zu unterbinden. "Wir können nicht zusehen, wie unsere Umwelt immer weiter zum Ausverkauf angeboten wird", betonte der Präsident.

Originaltext: NABU  
Im Internet zu finden unter [www.NABU.de](http://www.NABU.de)

\*\*\*

Bundestag 13. Dezember 2006

### Nationales Schadstofffreisetzungregister geplant

Umwelt/Gesetzentwurf

Berlin: (hib/SUK) Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zum Protokoll vom 21. Mai 2003 über Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregister (16/3755) vorgelegt, das die Grundlagen für die Ratifikation des Protokolls schaffen soll. Außerdem hat die Regierung einen Gesetzentwurf zur

Ausführung dieses Protokolls und zur Durchführung einer EG-Verordnung (16/3756) vorgelegt. Danach wird das Bundesumweltamt ein nationales Schadstofffreisetzungs- und Verbringungsregister einrichten und so deutsches Recht in Einklang mit europäischem bringen. Das geht aus einem Gesetzentwurf der Bundesregierung hervor. Mit der Einführung dieses Registers wird das Europäische Schadstoffemissionsregister abgeschafft. Die Europäische Gemeinschaft wird ebenfalls ein Schadstofffreisetzungs- und Verbringungsregister einführen. Das nationale Register soll die Öffentlichkeit jährlich über die Freisetzung von Schadstoffen in den Boden, die Luft oder in das Abwasser informieren. Ziel ist es, dass Bürger die Möglichkeit haben, sich einfach und schnell über Schadstofffreisetzungen und -verbringungen von Betriebseinrichtungen zu informieren. So soll ein "Dialog zwischen der Öffentlichkeit und dem Betreiber" geschaffen werden.

\*\*\*

Bundestag: Mo, 11. Dezember 2006

### **Betreuungsrecht: Befragung Dritter nur mit Einverständnis des Betroffenen**

Recht/Antwort

Berlin: (hib/BOB) Bei der Befragung anderer Personen zu den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen eines vom betreuungsgerichtlichen Verfahren betroffenen Menschen handelt es sich um einen "erheblichen Eingriff in dessen Recht auf informationelle Selbstbestimmung". Die Bundesregierung stimmt in ihrer Antwort (16/3576) insofern der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu. Die Abgeordneten hatten in einer Kleinen Anfrage (16/3358) das Betreuungsbehördengesetz thematisiert. Die Regierung führt weiter aus, soweit das Recht des Bundeslandes eine entsprechende Befugnis zur Befragung Dritter enthalte, dürfe die Betreuungsbehörde den Sachverhalt bei Dritten nur mit Einwilligung des Betroffenen aufklären. Verweigert der Betroffene die Einwilligung, habe das Gericht den Sachverhalt mit den ihm zur Verfügung stehenden Beweismitteln selbst aufzuklären. An dieser Rechtslage ändere sich nach dem Entwurf des Bundesrates zum Betreuungsbehördengesetz nichts. Im Übrigen sei eine staatliche Fürsorge gegen den frei gebildeten Willen des Betroffenen unzulässig.

\*\*\*

15.12.2006 **Neue Verordnungen zum Umweltrecht:**

### **Europäische Union:**

#### **Chemikalien und Gefahrstoffe**

VO (EG) Nr. 1692/2006 – Umweltfreundlichkeit des Güterverkehrssystems („Marco Polo II“) \*)

91/414/EWG – RL Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln

94/55/EG – RL Angleichung von Rechtsvorschriften für den Gefahrguttransport auf der Straße

96/49/EG – RL Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für die Eisenbahnbeförderung gefährlicher Güter

### **Bund:**

3.01 Allgemeines Umweltrecht

UmwRBHG – Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz \*\*)

3.07 Chemikalien und Gefahrstoffe

FR Reduzierung der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln

ChemOzonschichtV – Chemikalien-Ozonschichtverordnung \*\*)

ChemG – Chemikaliengesetz

ChemBiozidZulV – Biozid-Zulassungsverordnung

ChemVerbotsV – Chemikalien-Verbotsverordnung

ChemGiftInfoV – Giftinformationsverordnung

PflSchG – Pflanzenschutzgesetz

GGVSE – Gefahrgutverordnung Straße und Eisenbahn

GefStoffV – Gefahrstoffverordnung

ChemVOCFarbV – Lösemittelhaltige Farben- und Lack-Verordnung

TRBA 250 – Biologische Arbeitsstoffe im Gesundheitswesen und in der Wohlfahrtspflege

TRBA 405 – Anwendung von Messverfahren und technischen Kontrollwerten für luftgetragene Biologische Arbeitsstoffe

TRBA 466 – Einstufung von Bakterien in Risikogruppen

ChemBiozidMeldeV – Biozid-Meldeverordnung

2006/117/EURATOM – Verbringungen radioaktiver Abfälle und abgebrannter Brennelemente \*

3.07 Chemikalien und Gefahrstoffe

GGVSE – Gefahrgutverordnung Straße und Eisenbahn \*\*)

[www.UMWELTdigital.de](http://www.UMWELTdigital.de)

Die Downloads sind nicht kostenlos.

=====

## STATISTIK

05.12.2006

### **Groteske Ungleichheit - Halbe Menschheit besitzt nur ein Prozent des Global-Vermögens**

Die Zahlen der neuen Uno-Studie sind erschütternd, obwohl jeder das Problem kennt: Die ärmere Hälfte der Menschheit besitzt insgesamt nur ein Prozent des globalen Gehalts- und Immobilienvermögens. Mehr als die Hälfte des weltweiten Vermögens ist in der Hand von zwei Prozent der Weltbevölkerung.

London - Betrachtet man die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung, so besitzen diese Menschen sogar 85 Prozent des gesamten Immobilien- und Gehaltsvermögens. "Die Superreichen sind noch grotesk reicher geworden als sie es vor 50 Jahren waren", erklärte Anthony Shorrocks, Direktor des World Institute for Development Economics Research (Wider) der Uno, heute. Würde die Weltbevölkerung auf zehn Menschen reduziert, hieße eine solche Besitzverteilung, dass ein Mensch 99 Dollar besäße und die restlichen neun zusammen einen Dollar....

SPiegel ONLINE - 05. Dezember 2006, 20:11 URL:

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,452739,00.html>

=====

## TERMINE

20.11.06

### **Kongress: Dreiklang "Kinder-Umwelt-Medizin" ist tonangebend für Zukunftsmusik**

Umwelteinflüsse spielen für die Gesundheit von Kindern eine zentrale Rolle. In ihrer Entwicklung sind sie gerade für Schadstoffe viel störanfälliger als Erwachsene. Die Gesundheit von Kindern ist dank des Rückgangs vermeidbarer Krankheiten und dank der Behandlungsmöglichkeiten in den letzten Jahrzehnten wesentlich besser geworden. Auch viele noch vor einem Jahrzehnt heiß diskutierte Schadstoffe wie Amalgam, Asbest, Blei, Dioxine und Ozon sind eher in den Hintergrund getreten. Dafür stehen chronische Krankheiten und Behinderungen mehr im Vordergrund: Asthma, Allergien, Diabetes, Neurodermitis, Übergewicht. Weitere Diskussionspunkte sind hinzugekommen: Duftstoffe, Feinstäube, Flammschutzmittel, Mobilfunkmasten, Weichmacher. Was an der Umwelt ist besonders wichtig für die Kindergesundheit? Sind es neben chemischen und physikalischen nicht viel mehr psychosoziale Faktoren: Alkohol, Bewegungsarmut, Drogen, Ernährung, Gewalt, Medienkonsum, Zigaretten?

Mit dem Versuch, hier eine Rangfolge der Wichtigkeiten zu definieren, wird sich eine viertägige Arbeitstagung mit Fachleuten aus zahlreichen europäischen Ländern und aus den USA im Zentrum für Umweltkommunikation (ZUK) der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) befassen. Diese Tagung wird ausgerichtet von Prof. Karl Ernst v. Mühlendahl von der Kinderumwelt gGmbH der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendmedizin in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, die diese Arbeitstagung finanziert.

Hier wird der Niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff über "Gewalt und Medien. Helfen Gesetze und Verordnungen?" referieren. Um 13 Uhr besteht in einem Pressegespräch die Möglichkeit, mit Prof. von Mühlendahl über Details zum Thema zu sprechen.

Originaltext: Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU)

Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=6908>

Email: [presse@dbu.de](mailto:presse@dbu.de) web: [www.dbu.de](http://www.dbu.de)

=====

## VEROEFFENTLICHUNGEN - ZEITSCHRIFT

Umwelt-Medizin-Gesellschaft 19. Jahrgang, Ausgabe 4/2006, S. 261-348

### Schwerpunkt: Schwermetalle

Inhalt , u.a.:

Ionescu, Stejskal, Latsch, Blaurock-Busch, Eisenmann-Klein: **Hohe Akkumulation von Übergangsmetallen im Brustkrebsgewebe**

Wortberg: **Intrauterine Fruchtschädigung durch Schwermetallbelastung der Mutter**

Zierer, Griesz-Brisson: **Potenzielle Gesundheitsgefahren durch Chrom, Nickel und Mangan haltige Elektrolysevorrichtungen in Medizin- und Wellnessprodukten**

Petersen: **Schwermetalle und kindliche Gesundheit am Beispiel Blei und Quecksilber**

Frentzel-Beyme: **Der Chemieunfall bei Hoechst 1993: ein Beispiel für die Behinderung der epidemiologischer Risikoforschung**

Bartram, Donate, Mueller: Bueckendorf, Ohnsorge, Huber von Baehr: **Bedeutung von Epikutantest und Lymphozytentransformationstest für die Diagnostik von Typ IV-Sensibilisierungen**

Von Beesten, Mauckner: **Freisetzung von gentechnisch verändertem Weizen - ein unakzeptables Spiel mit dem Risiko.** Stellungnahme des ÖÄB zum geplanten Freisetzungsvorhaben mit gentechnisch verändertem Weizen in Gatersleben

Schmitz-Feuerhake: **Elbmarschleukämien: die aktuellen Konstruktionen des Deutschen Kinderkrebsregisters und anderer Wissenschaftler gehen am Problem vorbei**

Krahn-Zembo: **Nachhaltiges Recht (Sustainable Law) - Zur juristischen Zeitverzögerung im Umwelt- und Gesundheitsrecht**

Tamm **Die Mitnahme von Begleitpersonen zur ärztlichen Begutachtung im sozialgerichtlichen Verfahren - Ein Verstoß gegen die sozialrechtliche Mitwirkungspflicht?**

Frentzel-Beyme: **20 Jahre Leben mit Tschernobyl – Erfahrungen und Lehren für die Zukunft**

Umwelt-Medizin-Gesellschaft erscheint vierteljährig; Umfang je Ausgabe ca. 80 S. Einzelpreis: € 10,- incl. MwSt. zzgl. Versand.

Abonnement: € 38,-, Ausland € 45,- incl. MwSt. und Versand.

Bestellungen und Probehefte:

Umwelt – Medizin – Gesellschaft, Frielinger Str. 31, D – 28215 Bremen

Tel.: 0421/498 42 51, Fax: 0421/498 42 52 E-Mail: [info@umg-verlag.de](mailto:info@umg-verlag.de)

Internet: <http://www.umwelt-medizin-gesellschaft.de>

\*\*\*

in Psychologie heute, Heft Januar 2007: Seite 58 **Gereizte Psyche** (Artikel zu MCS etc.)

Anmerkung Scherrmann:

Sie koennen den Artikel und einen Leserbrief von mir ueber [Scherrmann@safer-world.org](mailto:Scherrmann@safer-world.org) anfordern.

=====

**POLITIK - BEHOERDEN - siehe oben und im folgenden**

=====

## BUNDESTAG

Berlin: Mi, 15.11.2006

Im Bundestag notiert: **Bezahlung von Mitarbeitern in Ministerien durch Unternehmen, Verbände und Gewerkschaften**

Inneres/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/ANK) Die Bezahlung von Mitarbeitern in Ministerien durch Unternehmen, Verbände und Gewerkschaften steht im Fokus einer Kleinen Anfrage der FDP (16/3165). Laut Medienberichten über eine "neue Art des Lobbyismus" sollen während der letzten vier Jahre in Bundesministerien anderweitig bezahlte Mitarbeiter im Rahmen eines Personalaustausches beschäftigt worden sein. Die Liberalen wollen nun wissen, wie die Regierung sicherstellen will, dass dabei nicht Interessen des

zahlenden Arbeitgebers vertreten wurden. Gefragt wird auch, wie viele Mitarbeiter ausgetauscht wurden und welche Unternehmen und Organisationen beteiligt sind.

=====

## **UBA - UMWELTBUNDESAMT**

Dessau, den 05.12.2006

Gemeinsame Presseinformation mit dem Bundesministerium für Umwelt

### **Umweltschutz als politische Aufgabe gewinnt an Bedeutung- Astrid Klug: Rückendeckung für konsequente Umweltpolitik**

Das Umweltbewusstsein der Deutschen ist weiter gestiegen. Das geht aus der neuen Studie zum Umweltbewusstsein in Deutschland hervor, die das Bundesumweltministerium und das Umweltbundesamt (UBA) in Auftrag gegeben haben. „Über zwei Drittel der Bevölkerung sind überzeugt, dass sich eine konsequente Umweltpolitik positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft auswirkt“, so die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium Astrid Klug. Eine umweltgerechte Industriepolitik sei ein wesentlicher Beitrag für Umwelt, Innovation und Beschäftigung in Deutschland. UBA-Präsident Prof. Dr. Andreas Troge: „Umweltschutz ist den Menschen in unserem Land wichtig. Damit das so bleibt, muss die Politik noch deutlicher machen, was anspruchsvoller Umweltschutz für die Menschen konkret bringt: Eine lebenswertere Umwelt für uns und unsere Kinder, eine bessere Gesundheit sowie wirtschaftliche Innovationen mit mehr Arbeitsplätzen.“

93 Prozent der Befragten halten Umweltschutz für wichtig. Der globale Klimawandel ist jetzt tief im Bewusstsein der Menschen verankert und trägt entscheidend dazu bei, dass Umweltschutz für die Menschen seit einigen Jahren immer relevanter wird. Zwei Drittel der Bevölkerung möchten, dass Deutschland in der internationalen Klimaschutzpolitik eine Vorreiterrolle einnimmt. Dies bedeutet gegenüber 2004 eine Steigerung um 11 Prozent, gegenüber 2002 sogar um 20 Prozent. Als vorrangige Ziele gelten der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Senkung des Energieverbrauchs und eine bessere Energieeffizienz.

Weitere Ergebnisse im Einzelnen:

Bei der offenen Frage nach den wichtigsten Problemen in Deutschland ist der Umweltschutz von Platz 4 in den Jahren 2000 und 2002 über Platz 3 im Jahr 2004 auf Platz 2 geklettert. Platz 1 nimmt nach wie vor die Arbeitslosigkeit ein, auf Platz 3 folgt die soziale Gerechtigkeit, auf Platz 4 die Wirtschaftslage.

Es gibt eine breite Zustimmung zum Ausbau erneuerbarer Energien, zur Energieeffizienz und zum Atomausstieg. 87 Prozent wollen einen konsequenten Umstieg auf erneuerbare Energien. Annähernd 90 Prozent sind für einen Ausbau der Solarenergie, über 70 Prozent für den Ausbau von Offshore-Windenergie.

Die Atomenergie möchte man mehrheitlich zu den Akten legen. Zwei Drittel der Deutschen wollen am beschlossenen Atomausstieg festhalten oder ihn sogar beschleunigen.

Ferner soll die Industrie dazu angehalten werden, mehr energiesparende Produkte anzubieten – dies findet nahezu hundertprozentige Zustimmung.

Artenvielfalt und Natur sind den Menschen wichtig. Das Problembewusstsein für den Verlust der biologischen Vielfalt ist sehr hoch. Rund 95 Prozent der Befragten sehen, dass der Verlust der biologischen Vielfalt ein sehr großes Problem darstellt. Und 92 Prozent finden, dass der Staat wegen des Verlusts der biologischen Vielfalt dringend handeln sollte.

Das Interesse an einem ehrenamtlichen Engagement für den Umwelt- und Naturschutz hat stark zugenommen. 45 Prozent der Befragten können sich vorstellen, hier aktiv zu werden (2004: 33 Prozent).

Seit Anfang der 1990er Jahre wird regelmäßig das Umweltbewusstsein der Deutschen ermittelt. Die repräsentativen Befragungen sind so angelegt, dass Zeitreihenvergleiche möglich und

Entwicklungstendenzen über die Jahre ablesbar sind. Die neue Studie „Umweltbewusstsein und Umweltverhalten in Deutschland 2006“ wurde konzipiert und durchgeführt von einer Forschergruppe an der Philipps-Universität Marburg unter Leitung von Prof. Dr. Udo Kuckartz. In den Monaten April bis Juni 2006 wurden 2.034 Personen in allen Teilen Deutschlands befragt.

Die Studie ist unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de/umweltbewusstsein/index.htm> im Internet verfügbar. Weitere Informationen, auch zu den Vorgängerstudien, sind unter [www.umweltbewusstsein.de](http://www.umweltbewusstsein.de) erhältlich.

HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pd06-077.htm>

PDF: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pdf/pd06-077.pdf>

Anmerkung Scherrmann:

Immer das Gleiche: Eine Aufklaerung bzgl. Zusammenhaengen von umweltschaedigenden Substanzen und unseren modernen Krankheiten findet nicht statt. Umwelt- und Naturschutz ist wichtig, ohne Zweifel. Aber ist Menschenschutz nicht auch wichtig?

=====

Ende des newsletter/d/103

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org)

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: + 49 7352 940529, email: [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org) ,

web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales Internet-Netzwerk für eine gesündere Umwelt